

VERTRAG ÜBER UNTERHALTS- UND GRUNDREINIGUNG

[LOS X]

ECA 2026-016

zwischen

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstraße 18
10969 Berlin

– nachstehend "**Auftraggeber**" –

und

dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

– nachstehend "**Auftragnehmer**" genannt –

(der Auftraggeber und der Auftragnehmer werden nachfolgend auch als die "**Parteien**"
bezeichnet, einzeln jeweils als "**Partei**")

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgrundlagen	3
§ 2	Vertragsgegenstand	4
§ 3	Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers	5
§ 4	Beistellungen des Auftraggebers	7
§ 5	Änderung der Leistungen	7
§ 6	Leistungen auf Abruf – Sonderreinigungen	8
§ 7	Anpassung der zu reinigenden Räume, Flächen und Gebäude	9
§ 8	Einsatz von autonomen Reinigungsgeräten	9
§ 9	Personal des Auftragnehmers	9
§ 10	Vergütung	12
§ 11	Fälligkeit der Vergütung	13
§ 12	Koordination und Abstimmung	13
§ 13	Berichte und Dokumentation	14
§ 14	Nicht- oder Schlechterfüllung	14
§ 15	Ausführungszeiten, Vertragsstrafe	15
§ 16	Versicherungen	15
§ 17	Haftung	16
§ 18	Freistellung	16
§ 19	Höhere Gewalt	17
§ 20	Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz	17
§ 21	Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen	18
§ 22	Künstliche Intelligenz	18
§ 23	Exportkontrolle, Zoll und Sanktionen	19
§ 24	Compliance	21
§ 25	Unzulässige Handlungen	21
§ 26	Einhaltung des Mindestlohngesetzes	21
§ 27	Laufzeit und Kündigung	22
§ 28	Schlussbestimmungen	24

Präambel

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Zuschlagserteilung mit der Erbringung von Leistungen nach Maßgabe dieses Vertrages und seiner Anlagen.

§ 1 Vertragsgrundlagen

1.1 Dieser Vertrag besteht aus dem vorliegenden Hauptteil (Vertragstext) und den nachfolgend benannten weiteren Unterlagen:

1.1.1 die weiteren Vergabeunterlagen in der letzten bekanntgemachten Version, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag),
 - Definition Leistungsarten (**Anlage 1.1** zu diesem Vertrag),
- Verhaltenskodex für Geschäftspartner (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
- Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 3** zu diesem Vertrag),
- Qualitätssicherungsvereinbarung (**Anlage 4** zu diesem Vertrag),
- Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers (**Anlage 5** zu diesem Vertrag),
 - Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister (**Anlage 5.1** zu diesem Vertrag)
 - Sicherheitsvereinbarung (**Anlage 5.2** zu diesem Vertrag)
- Reinigungsraumbuch (**Anlage 6** zu diesem Vertrag),

1.1.2 die Angebotsunterlagen des Auftragnehmers, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Angebotsschreiben (**Anlage 7** zu diesem Vertrag),
- Preisblatt (**Anlage 8** zu diesem Vertrag),
- Stundenkalkulation (**Anlage 9** zu diesem Vertrag),
- Konzepte des Auftragnehmers zur Qualitätssicherung, zum Kundendienst und zur Umsetzung (zusammen „Konzepte des Auftragnehmers“ (**Anlage 10** zu diesem Vertrag)
- Qualifikationsnachweise des Personals (**Anlage 11** zu diesem Vertrag),

1.1.3 sofern einschlägig, die Antworten des Auftraggebers auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"Bieterinformation" (**Anlage 12**),

und

1.1.4 die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(zusammen der "**Vertrag**").

1.2 Grundlagen des Vertrags sind des Weiteren alle für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen einschlägigen gesetzlichen, öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften und Richtlinien in der jeweils aktuellen Fassung. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag) sowie die Definition Leistungsarten (**Anlage 1.1** zu diesem Vertrag).

- 1.3 Im Falle von Widersprüchen geht der Hauptteil den vorstehend genannten weiteren Unterlagen vor. Die weiteren Unterlagen gelten in der vorstehend genannten Reihenfolge. Allerdings gehen die Antworten des Auftraggebers auf die Bieterfragen den Vergabeunterlagen vor, soweit in den Antworten explizit von konkret benannten Vorgaben der Vergabeunterlagen abgewichen wird.
- 1.4 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn der Auftraggeber deren Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch, wenn auf Korrespondenz Bezug genommen wird, die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers enthält oder auf solche verweist.

§ 2 Vertragsgegenstand

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für den Auftraggeber die in diesem Vertrag und in der Leistungsbeschreibung in **Anlage 1** näher bezeichneten Leistungen zu erbringen ("**Leistungen**"). Der Auftragnehmer wird die Ausführung seiner Leistungen jederzeit fachmännisch erbringen.
- 2.2 In den Leistungen ist alles inbegriffen, was zur vollständigen, ordnungsgemäßen und sachgemäßen Erfüllung des Vertrags notwendig ist, auch wenn dies aus der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich hervorgehen sollte.
- 2.3 Die Übertragung von Leistungen, auch Teilleistungen, an Dritte ("**Unterauftragnehmer**") ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform des Auftraggebers zulässig. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass auch solche Dritte sämtliche für den Auftragnehmer geltenden Voraussetzungen erfüllen. Für die im Vergabeverfahren bereits benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt durch den Einsatz von Unterauftragnehmern unberührt (§ 36 Abs. 2 VgV/§ 9 Abs. 6 VSVG).
- 2.4 Die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer erfolgt in Abstimmung und in Koordination mit dem Auftraggeber. Bei der Durchführung seiner Tätigkeit ist der Auftragnehmer etwaigen Weisungen des Auftraggebers im Hinblick auf die genaue Art und Weise der Erbringung seiner Leistungen, den Ort der Leistungserbringung ebenso wie die Zeit der Leistungserbringung nicht unterworfen. Der Auftragnehmer wird die Einteilung der Tätigkeitstage und die Zeiteinteilung an diesen Tagen so vornehmen, dass eine optimale Realisierung des Vertragsgegenstandes sichergestellt ist. Die Parteien werden sich jeglicher arbeitsvertraglichen Weisungen insbesondere im Hinblick auf Arbeitszeit, Inhalt und Art der Tätigkeiten, Arbeitsbeginn, -ende und -pausen gegenüber den Mitarbeitern der anderen Partei enthalten. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht und die Personalhoheit verbleiben in vollem Umfang bei der jeweiligen Partei, die Arbeitgeberin ist.
- 2.5 Eine Überlassung oder ein etwaiger Übergang von Mitarbeitern des Auftragnehmers oder eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiters eines Dritten auf Grundlage der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ("**AÜG**"), ist im Zusammenhang mit dem Abschluss und Durchführung dieses Vertrages grundsätzlich nicht vorgesehen und nach Überzeugung der Vertragspartner werden die Voraussetzungen zur Anwendung des AÜG, insbesondere von § 10 AÜG i.V.m. § 9 AÜG, nicht vorliegen. Die Vertragspartner werden innerhalb ihres jeweiligen Verantwortungsbereiches alle zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um eine Arbeitnehmerüberlassung gemäß AÜG sowie einen Übergang nach § 10 AÜG zu vermeiden. Sollte es dennoch zu einem gegenüber dem Auftraggeber rechtskräftig festgestellten Mitarbeiterübergang nach den Regeln des AÜG, insbesondere nach §§ 9, 10 AÜG, eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiters kommen, wird der bisher arbeitgebende bzw. den Mitarbeiter einsetzende Auftragnehmer den Auftraggeber von hierdurch entstehenden Kosten und Schäden freistellen. Dies umfasst den Ersatz der aufgrund des Übergangs anfallenden Lohn- und Sozialversicherungskosten bis zum jeweils frühestmöglichen ordentlichen

Kündigungstermin, inklusive ggf. einer Abfindungszahlung, die auf Grundlage von § 1a II KSchG bestimmt werden soll.

§ 3 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers

- 3.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen in erforderlichem Umfang an den vorgesehenen Leistungsorten und zu den vereinbarten Zeiten zu erbringen. Das Ziel aller Reinigungsleistungen ist die vollständige Schmutzentfernung an allen Oberflächen, unter Beachtung sämtlicher hygienischer Bedingungen und Vorschriften, ohne dass für die Gesundheit, Umwelt und Oberflächen Schaden entsteht. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach Maßgabe der Vertragsbestandteile mit allen Unterhaltsreinigungsleistungen und sonstigen nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen, die benötigt werden, um die in diesem Vertrag, in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der Definition der Leistungsarten (**Anlage 1.1**) genannten Zielsetzungen des Auftraggebers zu erfüllen. Die Leistungen haben dabei den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten Vorgaben und (technischen und rechtlichen Spezifikationen und Anforderungen jederzeit zu entsprechen).
- 3.2 Durch den Auftragnehmer werden die nachfolgenden Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der Definition der Reinigungsleistungen (**Anlage 1.1**) erbracht:
- **Leistungen zum Vertragsbeginn (Vorbereitungsphase),**
 - **Laufende Unterhaltsleistung**
 - **Leistungen auf Abruf/ Einzelbeauftragungen,** z. B. Sonderreinigungen gemäß Definition der Leistungsarten und Grundreinigung.
- 3.3 Vor Beginn der vorgenannten Reinigungsarbeiten hat der Objektleiter während der Vorbereitungsphase („Vorbereitungsphase“), die unabhängig vom Zeitpunkt der Zuschlagerteilung am 31.12.2026 endet, die Objekte des Auftraggebers persönlich in Augenschein zu nehmen und in Abstimmung mit dem Auftraggeber und auf der Grundlage des vom Auftraggeber bereitgestellten Reinigungsraumbuches geeignete Revierpläne aufzustellen.
- 3.4 Die nach der Leistungsbeschreibung vom Auftragnehmer zu erstellenden Revierpläne sind dem Auftraggeber bis spätestens 4 Wochen vor Leistungsbeginn vorzulegen. Erfolgt die Zuschlagerteilung weniger als 4 Wochen vor Leistungsbeginn, sind die Revierpläne spätestens 3 Wochen vor Leistungsbeginn vorzulegen.
- 3.5 Die Reinigungsarbeiten sind durch dem Vertragszweck entsprechend qualifiziertes, regelmäßig geschultes und zuverlässiges Reinigungspersonal auszuführen. Das ausgewählte Reinigungspersonal wird vom Betriebsleiter während der Vorbereitungsphase dem Auftraggeber namentlich benannt unter Angabe von Vor-/Zuname sowie Ausweis- bzw. Passnummer, damit dieser für jeden einzusetzenden Mitarbeiter des Auftragnehmers einen Besucherausweis sowie eine individuelle Zutrittsordnung ausstellt. Näheres regelt § 9 dieses Vertrages und die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 3.6 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das hierfür vorgesehene Personal ab Zuschlagerteilung für die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zur Verfügung steht und die vertragsgegenständlichen Leistungen ab Leistungsbeginn ordnungsgemäß erbracht werden können.
- 3.7 Die Reinigungszeiten und -intervalle für die laufende Unterhaltsreinigung ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und dem Reinigungsraumbuch (**Anlage 6**). Die sonstigen Reinigungszeiten, insbesondere im Falle von Sonderreinigungen, sind mit dem Auftraggeber für die einzelnen Bereiche abzusprechen. Bei allen Reinigungsleistungen muss insbesondere beachtet werden, dass der Dienstbetrieb nicht behindert wird.

- 3.8 Nach der Reinigung sind alle Fenster und Türen zu schließen, die Beleuchtung ist auszuschalten, und die Schlüssel sind an der für die Aufbewahrung bestimmten Stelle abzugeben bzw. abzulegen.
- 3.9 Sämtliche Reinigungs- und Pflegemittel, auch Desinfektionsmittel und Arbeitsschutzkleidung sowie die für das gründliche und fachgerechte Reinigen und Pflegen erforderlichen Maschinen und Geräte inkl. Waschmaschine und Trockenständer werden durch den Auftragnehmer gestellt und müssen mit dem VDE/GS Zeichen versehen sein. Der Auftragnehmer hat eine entsprechende Bescheinigung des Herstellers oder Vertreibers der Arbeitsmittel einzuholen und auf Verlangen vorzulegen. Das zur Reinigung erforderliche Wasser und der elektrische Strom werden dem Auftragnehmer unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer hat für einen sparsamen Gebrauch Sorge zu tragen.
- 3.10 Der Auftraggeber hat das Recht, bestimmte Reinigungsverfahren oder die Verwendung bestimmter Reinigungs- und Desinfektionsmittel oder Reinigungsgeräte zu untersagen oder zu verlangen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur umweltfreundliche, die Flächen und Gegenstände nicht schädigende Reinigungsmittel zu verwenden, insbesondere solche, die keine Gefahrstoffe im Sinne der Gefahrstoffverordnung in der jeweils gültigen Fassung enthalten bzw. wenn solche Mittel nicht erhältlich sind, diejenigen Mittel zu verwenden, von denen das geringste gesundheitliche Risiko ausgeht. Desinfektionsmittel sind nur in Ausnahmefällen zu verwenden, und zwar nur solche, die in der DGHM-Liste aufgeführt sind. Der Auftraggeber kann jederzeit die Benennung der verwendeten oder vorgesehenen Mittel einschl. Inhaltsstoffangabe (Sicherheitsdatenblätter) verlangen.
- 3.11 Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die Unterbringung der Geräte, Maschinen und Materialien unentgeltlich abschließbare Räume zur Verfügung. Der Auftragnehmer hat darauf zu achten, dass die ihm zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Ebenso stellt er nach Möglichkeit für das Reinigungspersonal geeignete Umkleideräume nebst Waschgelegenheit bereit, die vom Auftragnehmer regelmäßig ohne Vergütung zu reinigen sind. Haftung für Diebstahl oder sonstige Schäden wird vom Auftraggeber nicht übernommen.
- 3.12 Sämtliche Reinigungsmittel sind nicht unbeaufsichtigt zu lassen und nach Abschluss der Arbeiten unter Verschluss zu halten. Pflegehinweise des Herstellers sind einzuhalten.
- 3.13 Der Auftragnehmer hat nicht verbrauchte Desinfektions- und Reinigungsmittel auf eigene Kosten selbst zu entsorgen.
- 3.14 Die Entsorgung von Abfällen, die im Rahmen der beauftragten Reinigungsleistungen gesammelt werden, erfolgt nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und den jeweils anwendbaren gesetzlichen Vorschriften.
- 3.15 Die Ausstattung seiner Mitarbeiter mit geeigneten Arbeitsmitteln, einschließlich Werkzeugen liegt in der Verantwortung des Auftragnehmers. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 3.16 Der Auftragnehmer verfügt über die in diesem Vertrag, insbesondere in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**), aufgeführten Genehmigungen, Qualifizierungen, Zertifizierungen. Er wird diese für die gesamte Vertragslaufzeit beibehalten und aufrechterhalten und alle diesbezüglichen Anforderungen und Pflichten erfüllen. Auf Aufforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber den Fortbestand unverzüglich in geeigneter Weise nachweisen.

Soweit für die Leistungserbringung weitere öffentlich-rechtliche Genehmigungen sowie Zustimmungserklärungen Dritter oder des Auftraggebers erforderlich sind, wird der Auftragnehmer diese rechtzeitig auf eigene Kosten einholen. Schäden, die sich aus einer nicht oder verzögerten Erbringung dieser Verpflichtung ergeben, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zu ersetzen.

- 3.17 Der Auftragnehmer gewährleistet einen kontinuierlichen Qualitätssicherungsprozess und wird die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen und Prozesse schaffen, die zur lückenlosen Erreichung und Beibehaltung der vereinbarten Qualitäten der Leistungserbringung erforderlich sind. Einzelheiten und Vorgaben ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der von den Parteien geschlossenen Qualitätssicherungsvereinbarung (**Anlage 4**).
- 3.18 Der Auftragnehmer unterwirft sich einer Qualitätssicherung durch den Auftraggeber nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

§ 4 Beistellungen des Auftraggebers

- 4.1. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer sämtliche Daten und Informationen zur Leistungserbringung während der Laufzeit dieses Vertrages im Wege eines kostenlosen, nicht ausschließlichen sowie nicht übertragbaren, nicht unterlizenzierbaren und widerruflichen Nutzungsrechts zur Verfügung, soweit dies für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag erforderlich ist.
- 4.2. Der Auftraggeber wird sicherstellen, dass der Auftragnehmer seine Mitarbeiter ungehinderten - im Rahmen der geltenden Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers - Zugang zu den Gebäuden haben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn er wegen fehlenden Zugangs in der ordnungsgemäßen Erbringung seine Leistungen aus diesem Vertrag gehindert ist.
- 4.3. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die zur Leistungserbringung des Auftragnehmers notwendigen Energien (Strom, Wasser, Wärme, und so weiter) kostenfrei bereitstellen.
- 4.4. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer im Rahmen des ihm rechtlich möglichen und zumutbaren bei der Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben unterstützen.

§ 5 Änderung der Leistungen

- 5.1. Der Auftraggeber kann im Rahmen der Zumutbarkeit und soweit nach § 132 GWB vergaberechtlich zulässig, Änderungen der Leistungen, insbesondere der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1**, und sonstiger Regelungen dieses Vertrages, verlangen. Die Parteien vereinbaren für alle Änderungen die Anwendung des Änderungsverfahrens nach diesem Paragraphen. Auch der Auftragnehmer kann Änderungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag vorschlagen.
- 5.2. Der Änderungsantrag muss mindestens in Textform, z.B. per E-Mail, erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um der jeweiligen anderen Partei die Möglichkeit zu geben, den Änderungsantrag zu bewerten.
- 5.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Änderungsantrag des Auftraggebers innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu bearbeiten und eine Antwort/ein Nachtragsangebot zur Umsetzung der Änderung zu unterbreiten. Bei einem umfangreichen Änderungsverlangen kann diese Frist einvernehmlich von den Parteien verlängert werden. Die Ablehnung von Änderungsanträgen des Auftraggebers ist nur aus wichtigem Grund zulässig.
- 5.4. Führt die Umsetzung des Änderungswunsches zu einem nachvollziehbaren Mehraufwand beim Auftragnehmer, ist dieser verpflichtet, die entsprechenden Mehrkosten durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen sowie in einem verbindlichen Angebot zur Umsetzung der gewünschten Änderungen darzulegen. In Betracht kommen nur Mehrkosten, die zur Erbringung der Leistungen des

Auftragnehmers erforderlich sind. Einigen sich die Parteien über eine Anpassung der Vergütung bzw. Umlage der Mehrkosten nicht, so gelten die bisher vereinbarten Preise fort.

- 5.5. Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Parteien in Textform. Können sich die Parteien nicht über den Änderungsantrag einigen, gilt der Vertrag unverändert fort. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens wird kein Entgelt erhoben.
- 5.6. Sollten aus Sicht des Auftragnehmers, etwa aufgrund gewonnener Erkenntnisse, Änderungen der Leistungen erforderlich oder zu empfehlen sein, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform informieren und die aus seiner Sicht bestehenden inhaltlichen, zeitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen mitteilen. Etwaige Anpassungen werden dann nach Maßgabe dieses Paragrafens vereinbart.

§ 6 Leistungen auf Abruf – Sonderreinigungen

- 6.1. Sonderreinigungen im Sinne der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der Definition der Leistungsarten (**Anlage 1.1**), wozu auch die ausgeschriebene Grundreinigung gehört, werden von dem Auftraggeber nur nach Bedarf und auf Abruf beauftragt. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer den Sonderreinigungsbedarf in Textform informieren („Anzeige Sonderreinigungsbedarf“).
- 6.2. Stellt der Auftragnehmer einen Sonderreinigungsbedarf fest, wird er den Auftraggeber hierüber unverzüglich qualifiziert in Textform informieren.
- 6.3. Auf der Basis der Anzeige Sonderreinigungsbedarf erstellt der Auftragnehmer auf Basis des Preisblattes (**Anlage 8**) innerhalb von sieben (7) Werktagen ein transparentes Angebot, welches den Terminrahmen beinhaltet, stellt dieses dem Auftraggeber in Textform zur Verfügung („Angebot Sonderreinigung“). Bei der Abgabe des Angebots Sonderreinigung ist die Ausführung innerhalb der in der Leistungsbeschreibung angegebenen Reinigungstagen/-zeiten zu berücksichtigen. Sollte der Auftragnehmer kein Angebot für die Sonderreinigung erstellen können oder wollen, hat er den Auftraggeber ebenfalls innerhalb von sieben (7) Werktagen darüber in Textform zu informieren.
- 6.4. Der Auftraggeber ist verpflichtet, das Angebot innerhalb von sieben (7) nach Zugang zu prüfen und in Textform zu bestätigen oder abzulehnen.
- 6.5. Nach erfolgreichem Abschluss der Sonderreinigung wird der Auftraggeber die Leistungen binnen angemessener Zeit einer Abnahmeprüfung unterziehen, hierüber erstellen die Vertragspartner ein Abnahmeprotokoll. Ist in einzelnen Fällen eine Abnahme nicht erforderlich, so teilt der Auftraggeber dies dem Auftragnehmer mit. Eine fiktive Abnahme ist ausgeschlossen.
- 6.6. Für bei der Abnahme festgestellte Mängel gelten die Regelungen zur Nicht- und Schlechterfüllung (§ 14) nach diesem Vertrag.
- 6.7. Der Auftraggeber behält sich vor, Sonderreinigungen auch an andere Unternehmen als den Auftragnehmer zu vergeben. In diesem Fall verpflichtet sich der Auftragnehmer, dem Auftraggeber bei der Koordination der Sonderreinigungsmaßnahmen zu unterstützen.
- 6.8. Die Abrechnung der von dem Auftraggeber bedarfsweise abgeforderten Leistungen erfolgt nach Maßgabe des § 10.3 dieses Vertrages.

§ 7 Anpassung der zu reinigenden Räume, Flächen und Gebäude

- 7.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Umfang der zu reinigenden Räume, Flächen oder Gebäude innerhalb der gemäß Ziffer 1.1 sowie 1.2 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) erfassten Liegenschaften während der Vertragslaufzeit anzupassen. Dies umfasst insbesondere Erweiterungen, Reduzierungen oder den Wegfall einzelner Räume, Flächen oder Gebäude.
- 7.2. Änderungen des Leistungsumfangs können zu einer Erhöhung oder Verringerung des Reinigungsaufwandes führen. Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer Änderungen des Leistungsumfangs rechtzeitig in Textform mit.
- 7.3. Der Auftragnehmer hat innerhalb von 14 (vierzehn) Kalendertagen nach Zugang der Mitteilung auf Grundlage der mitgeteilten Änderungen ein angepasstes Preisblatt sowie ein angepasstes Raumbuch vorzulegen. Die Unterlagen bedürfen der Prüfung und Freigabe durch den Auftraggeber.
- 7.4. Nach Freigabe durch den Auftraggeber wird die vertraglich vereinbarte Pauschalvergütung entsprechend angepasst. Die Anpassung gilt ab dem ersten Tag des auf die Freigabe folgenden Monats.
- 7.5. Wird der Leistungsumfang gemäß der Ziffern 7.1 – 7.4 dieses Vertrages angepasst, sind Ansprüche des Auftragnehmers auf Ersatz von mittelbaren Schäden wie etwa entgangenem Gewinn, ausgeschlossen, es sei denn, der Schaden beruht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Auftraggebers oder auf der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

§ 8 Einsatz von autonomen Reinigungsgeräten

- 8.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit den Einsatz von Reinigungsmaschinen (einschließlich automatisierter Systeme) vorzugeben.
- 8.2. Stellt der Auftraggeber entsprechende Maschinen bereit oder beschafft er diese, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese einzusetzen oder deren Einsatz sicherzustellen, soweit dies technisch möglich und zumutbar ist.
- 8.3. Der Auftraggeber kann zudem verlangen, dass der Auftragnehmer künftig am Markt verfügbare, technisch geeignete und rechtlich zulässige Reinigungsmaschinen einsetzt, sofern diese den Anforderungen insbesondere an IT-Sicherheit, Datenschutz und Betriebssicherheit des Auftraggebers entsprechen.
- 8.4. Führen die Vorgaben zu nicht nur unerheblichen Mehrkosten oder organisatorischen Anpassungen, vereinbaren die Parteien eine angemessene Anpassung der Vergütung.

§ 9 Personal des Auftragnehmers

- 9.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich Mitarbeiter für die vorgesehene Leistung einzusetzen, welche den Anforderungsprofilen gemäß der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genügen und in der Lage sind, die beschriebenen Aufgaben und Tätigkeiten auf Grundlage der entsprechenden Qualifikation und Berufserfahrung zu bewältigen. Der Auftragnehmer stellt dabei sicher (Stellung von Ersatzkräften und/oder Anordnung von Überstunden), dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungen nicht beeinträchtigt werden.

- 9.2. Der Auftragnehmer wird die eingesetzten Personen während der Laufzeit des Vertrages nicht ohne sachlichen Grund und nur unter Berücksichtigung der Vorgaben der Leistungsbeschreibung austauschen.
- 9.3. Der Auftragnehmer wird entsprechend der Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) einen Objektleiter sowie Vorarbeiter über die gesamte Vertragslaufzeit vorhalten. Es ist aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich, dass Objektleiter und Vorarbeiter der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind (Niveau innerhalb des europäischen Referenzrahmens: C1 oder vergleichbar).
- 9.4. Entsprechend den Objekten und den Anforderungen an die Reinigungskräfte sind auch die Anforderungen an die Vorarbeiter und Objektleitung hoch. Neben entsprechenden Qualifikationen müssen diese Erfahrungen in vergleichbaren Objekten aufweisen, um die Reinigung zufriedenstellend zu organisieren und zu kontrollieren. Es wird ein hoher Stellenwert auf Schulungen und Einweisungen der Reinigungskräfte gelegt. Es gelten insoweit die Schulungskonzepte gemäß Konzepte des Auftragnehmers (**Anlage 10**).

9.5. **Objektleiter/Vorarbeiter**

- 9.5.1. Der seitens des Auftragnehmers im Angebotsschreiben benannte Objektleiter gilt als direkte/r Ansprechpartner/in für die Objektverantwortlichen des Auftraggebers und für Kontroll- und/oder Betreuungsarbeiten oder auch kleinere Sonderaufgaben nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
 - 9.5.2. Zudem benennt der Auftragnehmer bei Angebotsabgabe einen Vorarbeiter.
 - 9.5.3. Es müssen sowohl für Vorarbeiter als auch für den Objektleiter bei Angebotsabgabe Vertretungen benannt werden.
 - 9.5.4. Die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) angegebenen Stundenvorgaben für Objektleiter und Vorarbeiter sind fest vereinbart. Die Einhaltung der fest vereinbarten Stunden ist vom Auftragnehmer über die Monatsrechnung nachzuweisen. Der Auftraggeber behält sich vor, Stichproben zur Anwesenheitskontrolle durchzuführen.
 - 9.5.5. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Objektleiter die Weisungsbefugnis über die Mitarbeiter des Auftragnehmers innehat.
- 9.6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Reinigungsarbeiten
- 9.6.1. nur fachkundige und zuverlässige Arbeitskräfte einzusetzen;
 - 9.6.2. durch organisatorische Maßnahmen (Stellung von Ersatzkräften und/oder Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Reinigung nicht beeinträchtigt wird;
 - 9.6.3. das Reinigungspersonal mit einheitlicher Arbeitskleidung (einschließlich Sicherheitsschuhen) und gut sichtbarem Lichtbildausweis zu versehen, der sie als Arbeitskräfte des Auftragnehmers ausweist. Die Ausweise müssen den Namen des Auftragnehmers sowie den Namen des Beschäftigten enthalten; sie gelten nur in Verbindung mit dem Personalausweis bzw. dem Reisepass und sind auf Verlangen vorzuzeigen. Beim Ausscheiden von Arbeitskräften hat der Auftragnehmer den Ausweis zurückzufordern;

- 9.6.4. die gültigen Tarifabkommen, die bestehenden Gesetze und arbeitsrechtlichen Bestimmungen und alle zum Schutz der Arbeitskräfte erlassenen Vorschriften, insbesondere auch des Arbeitsschutz- und Jugendarbeitsschutzgesetzes sowie die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten und einzuhalten;
- 9.6.5. nur Personal einzusetzen, welches - falls nicht deutscher Staatszugehörigkeit - im Besitz einer gültigen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ist; der Auftraggeber kann entsprechende Nachweise verlangen.
- 9.7. Der Einsatz von Reinigungspersonal, das an einer übertragbaren Krankheit erkrankt oder dessen verdächtig ist, ist solange unzulässig, bis nach dem Urteil des behandelnden Arztes bzw. des Gesundheitsamtes eine Übertragung nicht mehr zu befürchten ist.
- 9.8. Beim Einsatz von geringfügig beschäftigtem Reinigungspersonal sind die Arbeitserlaubnis und der Nachweis der abzuführenden pauschalen Steuern und Sozialversicherungsabgaben für diese auf Anforderung Textform nachzuweisen. Der Auftragnehmer hat eine ständig auf dem aktuellen Stand befindliche Liste des Personals zu übergeben.
- 9.9. Der Auftragnehmer darf ausschließlich Personal einsetzen, das nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der Konzepte des Auftragnehmers (**Anlage 9**) hinsichtlich des Aufgabenbereiches und der Ortskenntnisse ausreichend geschult ist und eingewiesen wurde. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal die Regeln für Besucher, Lieferanten und Dienstleister gemäß **Anlage 5** des Auftraggebers einhält.
- 9.10. Im Falle des Verstoßes gegen den vorgenannten § 9.9 kann das Personal von des Auftraggebers zurückgewiesen werden. Die dadurch entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.
- 9.11. Das Reinigungspersonal hat sich, jeder persönlich, bei Beginn und Ende der Beschäftigungszeit im Anwesenheitsbuch, welches an geeigneter Stelle ausliegt, einzutragen.
- 9.12. Soweit sich ein Mitarbeiter des Auftragnehmers im Zuge der konkreten Auftragsausführung als fachlich nicht geeignet oder nicht genügend qualifiziert erweist oder andere Gründe vorliegen, die eine angemessene und/oder sachgerechte Auftragsausführung behindern, steht dem Auftraggeber das Recht zu, einen Austausch des entsprechenden Mitarbeiters zu verlangen. Ein Austausch hat dann unverzüglich zu erfolgen.
- 9.13. Sollte das eingesetzte Personal aus nicht vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen ausfallen, hat der Auftragnehmer den oder die betreffenden Mitarbeiter unverzüglich ab dem Ausfallzeitpunkt zu ersetzen, um einer Gefährdung des Auftrags entgegenzuwirken.
- 9.14. Der Auftragnehmer ist zur Abberufung des Objektleiters oder der Vorarbeiter nur bei Vorliegen schwerwiegender Gründe, insbesondere aufgrund einer Kündigung oder sonstigen Vertragsbeendigung, die zum Ausscheiden des Betriebs- oder Objektleiters aus dem Unternehmen des Auftragnehmers führt, sowie einer längerfristigen Krankheit bzw. Elternzeit berechtigt. In diesen Fällen hat der Auftragnehmer einen nachweislich mindestens genauso qualifizierten Ersatz als Objektleiter oder Vorarbeiter zu bestimmen.
- 9.15. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass nach jedem Personalwechsel der neue Mitarbeiter (einschließlich Objektleitung und Stellvertretung) mindestens die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Qualifikationen und Erfahrungen nachweisen kann. Über den Wechsel eines Mitarbeiters hat der Auftragnehmer den Auftraggeber vorab zu informieren. Der Auftraggeber kann dem Wechsel

aus wichtigen Gründen widersprechen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Qualifikation oder Erfahrung des ersetzenden Mitarbeiters nicht mit der Qualifikation oder Erfahrung des zu ersetzenden Mitarbeiters vergleichbar ist.

- 9.16. Der Auftraggeber ist zudem berechtigt, einzelne Mitarbeiter des Auftragnehmers von der Leistungserbringung dauerhaft auszuschließen, wenn diese (i) den vorgenannten Anforderungen aufgrund von nachweislich festgestellten wiederholten Verstößen nicht mehr entsprechen und/oder (ii) die vertragsgemäße Leistungserbringung verhaltensbedingt behindern oder erschweren und trotz entsprechender Abmahnung gegenüber dem Auftragnehmer keine Verbesserung eintritt. Der Auftragnehmer hat für die von der Leistungserbringung ausgeschlossenen Mitarbeiter qualifizierten Ersatz sicherzustellen, der mindestens die der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Qualifikationen und Erfahrungen nachweisen kann. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer.

§ 10 Vergütung

- 10.1. Der Auftragnehmer erhält für seine Leistungen der laufenden Gebäude- und Unterhaltsreinigung nach diesem Vertrag ein Entgelt auf Basis des Preisblatts (**Anlage 8**).
- 10.2. Für seine Leistungen stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Monatspauschale gemäß dem diesem Vertrag als **Anlage 8** beigefügten Preisblatt in Rechnung („Monatspreise“). Der Auftragnehmer hat die Monatspreise in einer Monatsrechnung („Monatsrechnung“) auszuweisen. Die Monatsrechnung wird jeweils am letzten Werktag eines Kalendermonats gestellt.
- 10.3. Die Leistungen auf Abruf gemäß § 6 sind nicht in den jeweiligen Monatspreisen enthalten. Die Abrechnung der von dem Auftraggeber bedarfsweise angeforderten Leistungen erfolgt aufwandbezogen auf Basis der Stundenverrechnungssätze gemäß Preisblatt (**Anlage 8**). Bei Abrechnung der Abrufleistungen sind die Namen und Qualifikationen der Mitarbeiter sowie die Leistungsinhalte und die Einsatzzeit jeweils anzugeben und nachzuweisen.
- 10.4. Die dem Preisblatt angegebenen Stundenverrechnungssätze, sonstige Pauschalen und Zuschläge gelten bis zu 31.12.2027 als fest vereinbart. Danach ist der Auftragnehmer berechtigt, im Falle nachweislich eintretender tariflicher Lohnsteigerungen eine Anpassung der Vergütung in Höhe der nachgewiesenen tariflichen Lohnsteigerungen zu verlangen. Die beabsichtigte Erhöhung von Stundenverrechnungssätzen ist dem Auftraggeber mindestens vier (4) Wochen im Voraus in Textform inklusive prüfbarer Nachweises vorzulegen. Im Zuge dessen ist ein aktualisiertes Preisblatt auf Basis der beabsichtigten Erhöhung vollständig neu auszufüllen und mit einzureichen sowie eine aktualisierte Stundenkalkulation auf Basis der Vorlage (**Anlage 9**). Für die Frage, ob und in welchem Umfang eine tarifliche Lohnsteigerung vorliegt, ist der zwischen dem Gebäudereinigungshandwerk des jeweiligen Tarifgebiets und den zuständigen Industrie-Gewerkschaften abgeschlossene Lohntarifvertrag maßgebend. Im Übrigen sind alle angebotenen Preise und Zuschläge Festpreise für die Vertragslaufzeit einschließlich der zwei möglichen Vertragsverlängerungen (vgl. § 27.1).
- 10.5. Der Auftraggeber gewährt dem Auftragnehmer nach Maßgabe der Regelungen in der Qualitätssicherungsvereinbarung (**Anlage 4**) jeweils nach Ablauf von 12 Monaten der Leistungserbringung („Bewertungszeitraum“) eine Bonuszahlung in Höhe von 3 % der den Bewertungszeitraum betreffenden Vergütung für die laufende Gebäude- und Unterhaltsreinigung. Die Bonuszahlung wird der Auftraggeber in dem auf das Ende des jeweiligen Bewertungszeitraum folgenden Kalendermonat zusammen mit der dortigen Monatsrechnung leisten. Die entsprechende Monatsrechnung wird die Bonuszahlung als solche gesondert ausweisen.
- 10.6. Zu den Preisen tritt die ggf. anfallende Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe hinzu.

- 10.7. Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EstG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.
- 10.8. Mit Zahlung der Vergütung nach diesem Paragraphen sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen nach diesem Vertrag einschließlich etwaiger Nebenleistungen sowie sonstige Nebenkosten und Reisekosten abgegolten.

§ 11 Fälligkeit der Vergütung

- 11.1. Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer des Auftraggebers und muss alles Erforderliche für eine Rechnungsprüfung enthalten, insbesondere einen nachvollziehbaren Leistungsnachweis bei einer Abrechnung aufgrund von Stunden- oder Tagessätzen. Rechnungen sind nach ordnungsgemäßer Leistungserbringung binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei dem Auftraggeber zur Zahlung fällig. Sollte die Leistungserbringung erst nach Rechnungseingang erfolgen, beginnt diese Frist mit Leistungserbringung.
- 11.2. Rechnungen sind zu stellen an:
- Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg
Ust.-IDNr.: DE 812746617
- 11.3. Der Auftraggeber ist seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.
- 11.4. Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: eingangsrechnung@bdr.de.
- 11.5. Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

§ 12 Koordination und Abstimmung

- 12.1. Die Parteien werden sich im Rahmen der Vertragsdurchführung eng abstimmen und regelmäßig austauschen. Die hierzu erforderlichen Informationen stellen sich die Parteien jeweils zeitnah wechselseitig zur Verfügung.
- 12.2. Die Projektbeauftragten des Auftraggebers werden nach Zuschlagserteilung mitgeteilt. Sie sind nicht berechtigt, vertragsändernde Absprachen zu treffen.

§ 13 Berichte und Dokumentation

- 13.1. Der Auftragnehmer führt eine digitale und strukturierte Dokumentation seiner Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der Konzepte (**Anlage 10**) durch. Der Auftraggeber ist berechtigt während der Vertragslaufzeit die Anforderungen zur Dokumentation zu ändern.
- 13.2. Die Dokumentation hat stets den aktuellen Leistungsstand widerzuspiegeln und die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Daten im Rahmen des Qualitätssystemsystems zu umfassen.

§ 14 Nicht- oder Schlechterfüllung

- 14.1. Für die Nicht- oder Schlechterfüllung (Mängel) der Unterhalts- oder Grundreinigung gelten folgende Vereinbarungen:
 - 14.1.1. Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer etwaige Beanstandungen in Textform mit.
 - 14.1.2. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer die Herstellung des vertragsgemäßen Zustandes auf dessen Kosten außerhalb der regulären Reinigungszeiten verlangen (Nachbesserung).
 - 14.1.3. Bessert der Auftragnehmer trotz Ablaufs einer von dem Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nicht nach, kann der Auftraggeber die Reinigungsleistung selbst vornehmen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen, wenn nicht der Auftragnehmer die Nacherfüllung zu Recht verweigert. Der Auftraggeber kann von dem Auftragnehmer für die zur Beseitigung des Mangels erforderlichen Aufwendungen Vorschuss verlangen. Im Übrigen findet § 637 BGB Anwendung.
 - 14.1.4. Im Falle von Mängeln bei der Reinigungsleistung kann der Auftraggeber nach Ablauf einer angemessenen Frist zur Nachbesserung die Vergütung durch Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer mindern. Die Minderung ist entsprechend dem Verhältnis der nicht oder schlecht gereinigten Quadratmeterfläche zu der gesamten geschuldeten Quadratmeterfläche zu ermitteln.
 - 14.1.5. Kann die Reinigungsleistung nicht nachgeholt werden (z.B. bei täglicher Reinigung), steht dem Auftraggeber das Minderungsrecht auch ohne vorherige Fristsetzung zu.
 - 14.1.6. Die sonstigen Mängelrechte des Auftraggebers bleiben ebenso unberührt wie sein Recht zur fristlosen Kündigung.
 - 14.1.7. Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften.
 - 14.1.8. Für Leistungen, die im Rahmen der Gewährleistung nachgebessert werden, beginnt die Gewährleistungsfrist neu zu laufen, es sei denn, der Auftraggeber musste davon ausgehen, dass der Auftragnehmer die Nachbesserung nicht zur Nacherfüllung, sondern aus Kulanz, zur Vermeidung von Streitigkeiten oder im Interesse des Fortbestands der Lieferbeziehung vorgenommen hat.
 - 14.1.9. Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung aufgewendeten Kosten, einschließlich der Kosten für Einbau und Ausbau, Wege-, Arbeits-, Material- und Transportkosten, trägt

der Auftragnehmer. Der Auftraggeber haftet für diese Kosten nur dann, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorliegt.

14.1.10. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Gewährleistungsrechte.

14.2. Werden die nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) gemäß § 3.2.5 fest vereinbarten Stunden für Objektleiter und Vorarbeiter nicht erbracht oder nicht vollständig erbracht, ist der Auftraggeber berechtigt, die Vergütung entsprechend zu mindern.

14.3. Weitergehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 15 Ausführungszeiten, Vertragsstrafe

15.1. Wenn der Auftragnehmer die ihm nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) obliegenden Dienstleistungen nicht vertragsgemäß, insbesondere fehlerhaft erbringt, ist er verpflichtet, die Dienstleistung ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist erneut vertragsgemäß zu erbringen, wenn die konkrete Dienstleistung nachholbar ist.

15.2. Ist die Dienstleistung verspätet und nicht nachholbar oder schlägt die Nachholung fehl oder erfolgt nicht vertragsgemäß, hat der Auftraggeber das Recht, die Vergütung um einen der Minderleistung entsprechenden Abzug zu mindern.

15.3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) vereinbarten Ausführungsfristen, sowie sonstigen Termine und Fristen einzuhalten.

15.4. Alle zwischen den Parteien vereinbarten Ausführungsfristen, sonstigen Termine, Fristen und Zeiten sind verbindlich. Das bedeutet, dass der Auftragnehmer bei schuldhafter Nichteinhaltung der vereinbarten Termine und Fristen ohne Mahnung in Verzug kommt, § 286 Abs. 2 BGB.

15.5. Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werden kann, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Textform mitzuteilen. Eine Verschiebung der vereinbarten Termine ist damit nicht verbunden. Teilleistungen werden nur nach ausdrücklicher Vereinbarung akzeptiert.

15.6. Im Falle des Verzuges des Auftragnehmers ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 1% des Nettoauftragswertes der vom Verzug betroffenen Leistung pro vollendete Woche des Verzuges zu verlangen, maximal jedoch 5% des Nettoauftragswertes der vom Verzug betroffenen Leistung.

15.7. Die Vertragsstrafe kann bis zum Ende der Zahlungsfrist nach § 11.1. geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte wegen Verzuges nicht aus. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird insofern allerdings angerechnet. Bereits entstandene Vertragsstrafen entfallen nicht durch Vereinbarung neuer Termine.

15.8. Weitergehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 16 Versicherungen

16.1. Der Auftragnehmer wird während der Laufzeit dieses Vertrages und bis zum Ablauf von 2 (zwei) Jahren nach Ende des Vertrages durchgehend einen ausreichenden Versicherungsschutz für die mit

der Leistungserbringung verbundenen Risiken, der auch die Haftung des Auftragnehmers für reine Vermögensschäden, abdeckt, mit folgenden Mindest-Deckungssummen je Schadensfall unterhalten:

- a) für Sach- und Personenschäden 10 (zehn) Millionen EUR
- b) für Vermögensschäden 2,5 (zwei, fünf) Millionen EUR

jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr.

- 16.2. Erbringt der Auftragnehmer den Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes auf Anfrage des Auftraggebers nicht oder erfüllt der jeweilige Versicherungsvertrag nicht die Anforderungen an den Versicherungsschutz gemäß vorstehendem Absatz 1, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt; § 27 (Laufzeit und Kündigung) dieses Vertrages gilt entsprechend.

§ 17 Haftung

- 17.1. Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die er im Rahmen der Durchführung dieses Vertrags dem Auftraggeber schuldhaft verursacht nach den gesetzlichen Regelungen, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.
- 17.2. Der Auftraggeber haftet im Falle von Arglist, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Schäden, die durch leichte Fahrlässigkeit entstanden sind, werden nur ersetzt, wenn es sich dabei um die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) handelt. Kardinalpflichten sind die wesentlichen Pflichten, die die Grundlage des Vertrages bilden, die entscheidend für den Abschluss des Vertrages waren und auf deren Erfüllung der Auftragnehmer vertrauen musste. In Fällen einer leicht fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Pflicht ist die Haftung des Auftraggebers der Höhe nach beschränkt auf den Auftragswert. Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Schäden des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 17.3. Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- 17.4. Die Haftung für einen eventuellen Datenverlust oder -beschädigung ist auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung erforderlich gewesen wäre, um die Daten aus dem gesicherten Datenmaterial wiederherzustellen.
- 17.5. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zu Gunsten von evtl. eingebundenen gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und des Auftragnehmers.

§ 18 Freistellung

- 18.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Leistung oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien, aus schuldhaften Vertragsverstößen sowie aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Haftungsobergrenzen aus § 17 dieses Vertrages finden keine Anwendung.

- 18.2. Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündigung des Streits bleiben unberührt.

§ 19 Höhere Gewalt

- 19.1. Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Erfüllungsort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Auftragnehmer unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Auftragnehmers betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von dreißig (30) Tagen erklären oder die Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen, ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.
- 19.2. Der Auftragnehmer hat bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den vertraglichen Leistungen weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

§ 20 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz

- 20.1. Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 3**).
- 20.2. Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("DSGVO") und das Bundesdatenschutzgesetz.
- 20.3. Der Auftragnehmer hat die bei der Durchführung von Datenverarbeitungen nach der Leistungsbeschreibung und nach diesem Vertrag beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut gemacht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Verantwortungsbereich.
- 20.4. Für den Fall, dass der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten verarbeitet, werden die Parteien eine gesonderte Datenverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Abschnitt 28 der DSGVO abschließen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages sein wird. Etwaige Haftungsbegrenzungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag finden auf diese AVV keine Anwendung. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich - und vor Beginn einer solchen Verarbeitung - über jede notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung informieren.

§ 21 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen

- 21.1. Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 5.1** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.
- 21.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 5.2** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.
- 21.3. Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.
- 21.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.
- 21.5. Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessene Rücksicht.
- 21.6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Personal einzusetzen, welches keine Eintragungen im aktuellen polizeilichen Führungszeugnis (Belegart N, nicht älter als drei Monate) aufweist. Darüber ist dem Auftraggeber auf Verlangen eine Bestätigung vorzulegen. Während des laufenden Vertragsverhältnisses fordert der Auftragnehmer vom Personal zudem alle drei Jahre erneut ein polizeiliches Führungszeugnis ab.

Werden während des bestehenden Vertragsverhältnisses Eintragungen in den Führungszeugnissen des eingesetzten Personals bekannt, so informiert der Auftragnehmer unverzüglich den Auftraggeber. Dieser entscheidet dann im Einzelfall, ob der Einsatz des betreffenden Personals weiterhin zulässig ist.

§ 22 Künstliche Intelligenz

- 22.1. „Künstliche Intelligenz“ („KI“) im Sinne dieses Vertrages bezeichnet Software-Systeme oder -Modelle und darauf basierende Anwendungen, die mit Methoden des maschinellen Lernens oder vergleichbaren Verfahren aus Daten eigenständig Ergebnisse wie Inhalte, Vorhersagen, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen.
- 22.2. **Einsatz von KI**
- 22.2.1. Der Auftragnehmer darf KI zur Erbringung der Leistungen nur einsetzen, wenn der Auftraggeber dem Einsatz zuvor in Textform zugestimmt hat und der Auftragnehmer den Auftraggeber vorab über Art, Weise und Umfang des KI-Einsatzes informiert hat.

- 22.2.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, beim Einsatz von KI geltende vertragliche und gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Verordnung (EU) 2024/1689 (KI-Verordnung), Urheber- und Persönlichkeitsrechte, Datenschutz sowie anwendbare Nutzungs- und Lizenzbedingungen der verwendeten KI einzuhalten.
- 22.2.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Nutzung von KI keine vertraulichen Informationen, personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers in die jeweilige KI einzugeben oder hochzuladen.
- 22.2.4. Der Auftragnehmer darf KI nur als unterstützendes Hilfsmittel einsetzen und bleibt für die Arbeitsergebnisse voll verantwortlich. KI-gestützte Inhalte sind vor ihrer Verwendung fachlich zu prüfen, nachzubearbeiten und transparent zu kennzeichnen.
- 22.2.5. Der Auftragnehmer dokumentiert den Einsatz von KI in angemessenem Umfang. Aus der Dokumentation muss ersichtlich sein, welche technologischen Hilfsmittel er verwendet hat und in welchem Umfang dies geschehen ist. Der Auftragnehmer stellt die Dokumentation dem Auftraggeber auf Verlangen zur Verfügung.
- 22.2.6. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er bei Einsatz von KI die nach diesem Vertrag geschuldeten Nutzungsrechte wirksam einräumen kann und keine Rechte Dritter verletzt.
- 22.2.7. Können durch den Einsatz von KI die Nutzungsrechte nicht wie in diesem Vertrag vereinbart eingeräumt werden, informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich vor Einsatz der KI. Der Auftraggeber entscheidet über das weitere Vorgehen.

§ 23 Exportkontrolle, Zoll und Sanktionen

23.1. Verpflichtung zur Einhaltung von Rechtsvorschriften Import und Export

Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Ausführung der unter diesem Vertrag und den jeweiligen Einzelverträgen geschuldeten Tätigkeiten alle anwendbaren Rechtsvorschriften zu beachten. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, bei der Erfüllung der ihm obliegenden (Leistungs-) Pflichten die geltenden Exportkontrollbestimmungen und Sanktionsregelungen der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sowie, falls im Einzelfall anwendbar, auch der Vereinigten Staaten von Amerika und der VR China oder anderer Jurisdiktionen einzuhalten, ausgenommen solche Bestimmungen und Regelungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt, dass ihm selbst sämtliche für die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen. Zur Einholung solcher ggf. erforderlichen zoll- und außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse ist der Auftragnehmer verpflichtet.

Der Auftragnehmer erklärt zudem, dass die von ihm gemäß diesem Vertrag zu liefernden Gütern und/oder Technologien und deren Vorprodukte und Bestandteile keinen Ursprung in den nachfolgend aufgeführten Ländern und Gebieten haben, sich zu keinem Zeitpunkt dort befunden haben oder befinden werden und nicht von dort ausgeführt wurden oder werden. Bei den betroffenen Ländern handelt es sich um: Russische Föderation, Republik Belarus, Demokratische Volksrepublik Korea, Islamische Republik Iran, Libyen, Arabische Republik Syrien. Bei den betroffenen Gebieten handelt

es sich um: Krim, Sewastopol, die nicht von der Regierung kontrollierten ukrainischen Gebiete in den Regionen Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja.

Auf Verlangen der Bundesdruckerei hat der Auftragnehmer über die Einhaltung der in diesem § 23.1 enthaltenen Zusicherungen und Verpflichtungen geeigneten Nachweis zu erbringen.

23.2. Ausschluss Mitwirkender

Der Auftragnehmer erklärt, dass weder er selbst noch einer seiner Gesellschafter oder eine Person oder Körperschaft, deren Teilhaber er ist, verbundene Unternehmen oder in die Leistungserbringung involvierte Personen, Organisationen oder Einrichtungen („involvierte Personen“), auf einer Sanktionsliste der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen geführt wird. Diese Versicherung gilt auch im Hinblick auf involvierte Personen, die auf den Sanktionslisten anderer Länder geführt sind, ausgenommen solche Listungen, die (i) auf in den Anhängen der VO (EG) Nr. 2271/96 genannten Rechtsakten beruhen und/oder (ii) gegen einen Staat gerichtet sind, gegen den weder die Vereinten Nationen, noch die EU, noch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen beschlossen haben.

Der Auftragnehmer erklärt ferner, dass er nicht im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im Eigentum oder unter der Kontrolle einer oder mehrerer nach § 23.2 S.1 und § 23.2 S.2 gelisteten natürlichen oder juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften steht.

Sollte eine der involvierten Personen während der Geltungsdauer des Vertrags in einer der benannten Sanktionslisten aufgenommen oder durch eine nach § 23.2 S. 1 und § 23.2 S. 2 gelistete Person das Eigentum an oder die Kontrolle über den Auftragnehmer erlangt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Bundesdruckerei hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

23.3. Verbot unzulässiger Boykotterklärungen

Der Auftraggeber lehnt alle Bedingungen des Auftragnehmers ab, durch die sich der Auftraggeber an einem Boykott, der über die geltenden gesetzlichen EU- und UN-Embargobestimmungen hinausgeht, beteiligen oder wenn er hierauf gerichtete Erklärungen abgeben würde.

23.4. Die Serverstandorte der Cloud sind im Zollgebiet der Europäischen Union. Dem Auftraggeber muss möglich sein, den Nutzerzugriff auf die vertragsgegenständliche Softwarelösung aus bestimmten Ländern und Regionen technisch zu erschweren bzw. zu unterbinden (bspw. anhand der IP-Adresse des Nutzers).

23.5. Eine Verwendung der vom Auftraggeber beigestellten Materialien durch den Auftragnehmer oder ggf. deren Unterauftragnehmer im Ausland (EU und Nicht-EU) ist nur mit vorheriger Prüfung der Exportkontrollabteilung des Auftraggebers und deren Freigabe in Textform zulässig.

23.6. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.

23.7. Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.

§ 24 Compliance

- 24.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß **Anlage 2** zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.
- 24.2. Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 2**) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.
- 24.3. Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

§ 25 Unzulässige Handlungen

- 25.1. Der Auftraggeber ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 25.2. Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktritts- bzw. Kündigungsrechts nach diesem Paragraphen wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.
- 25.3. Tritt der Auftraggeber nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann er die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Der Auftraggeber kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
- 25.4. Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

§ 26 Einhaltung des Mindestlohngesetzes

- 26.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.
- 26.2. Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese

darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.

- 26.3. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.
- 26.4. Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.
- 26.5. Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.

Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.

- 26.6. Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten. Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.
- 26.7. Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.

§ 27 Laufzeit und Kündigung

- 27.1. Der Vertragszeitraum beginnt mit dem Tag der Zuschlagserteilung. Nach Zuschlagserteilung erfolgt zunächst eine Vorbereitungsphase im Sinne von Ziffer 3.3 dieses Vertrages, die am 31.12.2026 endet. Die Aufnahme der Leistungserbringung erfolgt zum 01.01.2027. Der Vertrag hat eine Grundlaufzeit von 2 (zwei) Jahren („**Grundlaufzeit**“). Die Vertragslaufzeit verlängert sich nach der Grundlaufzeit automatisch um 1 (ein) weiteres Jahr („**Vertragsverlängerung**“), sofern der Auftraggeber der Vertragsverlängerung nicht mit einer Frist von 3 (drei) Monaten zum Ende der jeweiligen Laufzeit widerspricht. Eine Verlängerung der Vertragslaufzeit erfolgt höchstens 2 (zwei) Mal, das heißt, eine Vertragsverlängerung über eine Gesamtlaufzeit von 4 (vier) Jahren hinaus erfolgt nicht.

- 27.2. Das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn
- 27.2.1. der Auftragnehmer den Verhaltenskodex gemäß **Anlage 2** und/oder die Vertraulichkeitsvereinbarung gemäß **Anlage 3** und/oder die Pflichten gemäß § 26 dieses Vertrages, und/oder die Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers unter diesem Vertrag verletzt hat und – sofern die Verletzung heilbar ist – die Verletzung nicht innerhalb von 2 (zwei) Wochen nach Zugang einer entsprechenden Rüge des Auftraggebers in Textform geheilt hat;
 - 27.2.2. der Auftragnehmer wesentliche Pflichten unter diesem Vertrag trotz Rüge des Auftraggebers in Textform fortgesetzt oder wiederholt verletzt hat; einer Rüge bedarf es nicht, wenn dem Auftragnehmer die Erfüllung der Pflicht unmöglich ist oder er diese ernsthaft verweigert;
 - 27.2.3. eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Auftragnehmers eintritt oder eintreten droht und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber gefährdet ist; in den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
 - 27.2.4. eine wesentliche Änderung der unmittelbaren oder mittelbaren Kapital- oder Stimmrechtsverhältnisse am Auftragnehmer eintritt oder ein Dritter die unmittelbare oder mittelbare Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit am Auftragnehmer oder in sonstiger Weise die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den Auftragnehmer erwirbt ("**Kontrolländerung**"), es sei denn, es liegen die Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsänderung gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) GWB vor. Eine Kontrolländerung liegt insbesondere vor, wenn ein Dritter (jeweils erstmals) direkt oder indirekt mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Auftragnehmers kontrolliert oder in den Organen des Auftragnehmers vertreten ist oder ein Organmitglied kontrolliert oder auf andere Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen kann. In den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
 - 27.2.5. der Auftragnehmer nicht binnen 1 (eines) Monats ab der Geltendmachung von Verletzungen der Rechte Dritter vertragskonforme Leistung anbieten kann bzw. die geschuldeten Nutzungsrechte beschaffen kann;
 - 27.2.6. der Auftragnehmer wissentlich falsche Angaben im Rahmen des Vergabeverfahrens gemacht hat;
 - 27.2.7. der Auftraggeber nachträgliche Kenntnis von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen des Auftragnehmers im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält;
 - 27.2.8. der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtungen nach § 28 Abs. 2 verstößt;
 - 27.2.9. der Auftragnehmer dem Personenkreis unterfällt, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist; oder
 - 27.2.10. der Auftragnehmer den Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 2**) durch den Geschäftspartner oder durch seine unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgestellt hat oder wenn der Verstoß sehr schwerwiegend ist oder wenn es zu wiederholten schweren Verstößen (insbesondere zur Begehung von

Straftaten) kommt und keine mildereren Mittel zum Abstellen des Verstoßes zur Verfügung stehen;

27.3. Die Kündigung dieses Vertrages bedarf der Textform.

27.4. Bei Vertragsbeendigung hat der Auftragnehmer sämtliche Unterlagen, Daten, Datenträger und Informationen, die ihm bei Vertragsbeginn oder während der Vertragslaufzeit überlassen worden oder entstanden sind, oder die sich bei Vertragsbeginn bereits im Besitz des Auftragnehmers befanden, einschließlich der bei Durchführung des Vertrags von Dritten erhaltenen Unterlagen sowie die Arbeitsergebnisse an den Auftraggeber herauszugeben oder auf Verlangen des Auftraggebers zu vernichten.

§ 28 Schlussbestimmungen

28.1. Die Benennung des Auftraggebers als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.

28.2. Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht.

28.3. Ohne Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S.2 HGB bleibt hiervon unberührt.

28.4. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.

28.5. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG). Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.

28.6. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Leistungsbeschreibung
Anlage 1.1	Definition Leistungsarten
Anlage 2	Verhaltenskodex für Geschäftspartner
Anlage 3	Vertraulichkeitsvereinbarung
Anlage 4	Qualitätssicherungsvereinbarung
Anlage 5	Sicherheitsbestimmungen des Auftraggebers
Anlage 5.1	Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister
Anlage 5.2	Sicherheitsvereinbarung
Anlage 6	Reinigungsraumbücher
Anlage 7	Angebotsschreiben des Auftragnehmers
Anlage 8	Preisblatt
Anlage 9	Stundenkalkulation
Anlage 10	Konzepte des Auftragnehmers
Anlage 11	Qualifikationsnachweise des Personals
Anlage 12	Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen

[Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.]